



Die IHKs
in Mecklenburg-Vorpommern

In|du|strie
GEMEINSAM. ZUKUNFT. LEBEN.

Industrie als Rückgrat der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern stärken!

Industriepolitische Leitlinien Mecklenburg-Vorpommern formulieren

Die Industrie- und Handelskammern in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin vertreten die Gesamtinteressen von rund 90.000 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. Dabei gilt es einerseits, den Unternehmen in den wirtschaftlich starken Regionen die Rahmenbedingungen zu erhalten und zu verbessern, damit sie weiterhin hier am Standort bleiben. Andererseits ist kontinuierlich und mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass Mecklenburg-Vorpommern insgesamt ein attraktiver Standort auch für Neuansiedlungen bleibt.

Der Wohlstand des Landes basiert zu großen Teilen auf einer zukunfts- und wettbewerbsfähigen Industrie. Zentral dafür ist es, das „Netzwerk Industrie“ bestehend aus produzierendem Gewerbe, industrienahen Dienstleistungen und technologieorientierten Gründungen in den Blick zu nehmen und sich dafür einzusetzen, den Standort Mecklenburg-Vorpommern zu einem zukunftsfähigen Industriestandort weiterzuentwickeln. Dazu gehört, mit den politisch und administrativ Verantwortlichen eine moderne Industriepolitik zu entwickeln und umzusetzen, die Chancen für Produktion, Arbeitsplätze und Innovationen schafft und damit bessere Zukunftsperspektiven für die Unternehmen sowie für die Entwicklung des gesamten Bundeslandes bietet. Dabei sollen auch Themen mit Konfliktpotenzial - etwa der Umwelt- und Klimaschutz oder die Akzeptanz von Industrie bei den Bürgerinnen und Bürgern - aktiv aufgegriffen werden.

Kluge und zukunftsorientierte Industriepolitik ist ein Schlüsselfaktor für den Erhalt und die Verbesserung von Lebensqualität und wirtschaftlicher Prosperität sowie zur Erreichung von Umwelt- und Klimaschutzzielen. Die digitale Transformation verändert die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, grundlegend. Insbesondere für die produzierenden Unternehmen verändert sich z. B. durch die digitale Vernetzung von Maschinen untereinander und von Maschinen mit Produkten die Geschäftslogik und das Marktumfeld rasant. Neue Geschäftsmodelle entstehen, traditionelle Prozesse, Produkte und Dienstleistungen werden in Frage gestellt, wobei sie weiterhin eine grundlegende Bedeutung für die Sicherung und Entwicklung der Unternehmen besitzen.

Die folgenden Thesen sollen verdeutlichen, welche Maßnahmen ein erfolgreicher Industriestandort Deutschland und insbesondere Mecklenburg-Vorpommern benötigt, um weiter ausgebaut zu werden und weiterhin wettbewerbsfähig zu sein.

Ausgangssituation

Mecklenburg-Vorpommern ist eine Wirtschaftsregion mit großem Zukunftspotenzial: Land zum Leben und zum Arbeiten! Um dieses nachhaltig weiter auszubauen und ausschöpfen zu können, müssen die wirtschaftspolitischen Weichen für die Zukunft richtig gestellt werden. Die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns in den vergangenen Jahren war positiv: Die konjunkturelle Entwicklung verläuft seit Jahren aufwärtsgerichtet, das Bruttoinlandsprodukt wächst. Die Zahl der Arbeitssuchenden Menschen ist insgesamt deutlich zurückgegangen, wenn auch nicht alle Regionen des Landes gleichermaßen profitieren. Viele Unternehmen wollen ihre Belegschaften weiter aufstocken, doch der steigende Fachkräftemangel bremst sie zunehmend aus.

Diese positiven Effekte dürfen jedoch nicht über strukturelle Schwächen hinwegtäuschen: So bleibt die Wertschöpfung hinter dem Bundesdurchschnitt deutlich zurück, was im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen zu einer schwächeren Standortdynamik führt. Bei der Industriedichte als verlässlicher Indikator liegt Mecklenburg-Vorpommern abgeschlagen: Mit 42,8 Industrie-Beschäftigten auf 1.000 Beschäftigten liegt das Land deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 82,9 und noch unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer von 58,2 (Std. 6/2017). Da die Wertschöpfung vor allem in der Industrie erzielt wird, die in den Regionen mit den nachgelagerten Branchen wie Zulieferer oder Dienstleister vernetzt ist, muss das Augenmerk der Wirtschaftspolitik auf die Stärkung dieser Branche gerichtet werden. Sie ist das Rückgrat der Wirtschaft. Bestehende Wertschöpfungsketten sind auszubauen, fehlende zu ergänzen. Industrieflächen sind strategisch weiter zu entwickeln und die industriellen Netzwerke noch dichter zu verknüpfen. Ebenso geht es darum, die Energie- und Ressourceneffizienz unserer Industriebetriebe zu steigern und sie bestmöglich bei der Digitalisierung zu unterstützen. Denn letztendlich steht und fällt die Wettbewerbsfähigkeit der mecklenburg-vorpommerschen Industrie mit der Frage, ob unsere Unternehmen den digitalen Wandel meistern.

Es bedarf weiterhin schneller und weitreichender Ansätze zur Lösung des Fachkräfteproblems für alle Branchen. Gut qualifizierte Arbeitskräfte sind in den Unternehmen Voraussetzung, um Produktivität, Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und damit Arbeitsplätze in MV zu sichern. Der Fachkräftemangel wird seit Jahren von den Unternehmen in MV in den IHK-Konjunkturumfragen am häufigsten als Geschäftsrisiko genannt und beeinträchtigt ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Die IHK-Konjunkturbefragung zeigt: Fachkräftemangel ist mittlerweile das „TOP-Hemmnis“ für die weitere Unternehmensentwicklung. Zusätzlich muss auch die demografische Entwicklung berücksichtigt werden.

Nur mit einem umfassenden Paket an Maßnahmen sind die Unternehmen in der Lage, die erkennbaren Herausforderungen zu meistern und zur weiteren Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern beizutragen als Land zum Leben und zum Arbeiten!

Leitlinien für eine zukunftsorientierte Industriepolitik in Mecklenburg-Vorpommern:

1. Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen

Das gute Zusammenwirken von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistern im sogenannten „Netzwerk Industrie“ ist Grundlage für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in allen Regionen Deutschlands. Dies gilt für alle Industriebereiche – von der Grundstoffindustrie bis zu High-Tech-Sektoren. Für ihren Erfolg brauchen alle Beteiligten vor allem funktionierende und verlässliche Rahmenbedingungen – für den Handel mit der Welt und für das Wirtschaften vor Ort.

2. Märkte offen halten

Die exportorientierte Industrie auch in Mecklenburg-Vorpommern ist auf freien Handel angewiesen. Der multilaterale Ansatz im Rahmen der WTO ist der beste Weg zur weltweiten Öffnung von Märkten. Gerade der industrielle Mittelstand profitiert in der Breite von der internationalen Arbeitsteilung mit einem regelbasierten internationalen Handel. Die wichtigsten Zielmärkte der Unternehmen aus MV liegen innerhalb des EU-Binnenmarktes. Außerhalb der EU-Grenzen gehören Saudi-Arabien, die USA, Russland und China zu den TOP-Exportzielmärkten Mecklenburg-Vorpommerns. Ziel sollte es daher sein, bestehende Handelshemmnisse zwischen einzelnen Wirtschaftsregionen sowie den Trend zu steigenden Markteintrittshürden gemeinsam schrittweise abzubauen. Der mögliche Fokus des Bundeswirtschaftsministeriums auf europäische Champions und das Vorhaben, diese vor Wettbewerb oder Übernahmen zu schützen, lässt den für Deutschland und vor allem für Mecklenburg-Vorpommern so relevanten kleinen und mittelständischen Unternehmen außen vor. Größe bedeutet nicht automatisch mehr Wettbewerbsfähigkeit – das zeigen hierzulande unsere vielen „Hidden Champions“. Damit hiesige Unternehmen im globalen Markt bestehen können, ist es notwendig, die bisherigen Regeln des Wettbewerbsrechtes auf den Prüfstand zu stellen und sie so zu gestalten, dass gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen hergestellt werden. Es gilt, den Wettbewerb zu schützen – nicht einzelne Wettbewerber. Eine Vereinfachung und Harmonisierung von Freihandelsabkommen ist anzustreben. Diese sind auch für KMU zugänglich zu machen.

3. Raum für die Industrie & Wirtschaft

Industrieunternehmen und auch industriennahe Logistikunternehmen benötigen Fläche. Damit der Industriestandort entstehen, erhalten und weiterentwickelt werden kann, muss ein bedarfsgerechtes Angebot an Industrie- und Gewerbeflächen vorausschauend ausgewiesen werden. Die Weiterentwicklung der Unternehmen vor Ort muss belastbar flankiert werden mit Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerbeflächen. Dabei sind Flächenkonkurrenzen zu vermeiden. Gerade bei knapper Verfügbarkeit sind die Anforderungen der Industrie differenziert zu betrachten und zu berücksichtigen. Für bestehende Unternehmen ist es unerlässlich, dass sie sich räumlich und auch funktional

erweitern können. Für neue Unternehmen müssen geeignete Flächen schnell verfügbar sein. Die in der Vergangenheit erzielten Ansiedlungserfolge konnten oftmals aufgrund von Flächenengpässe und anderen Unzulänglichkeiten an den bisherigen Standorten erreicht werden. Diese sind in Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft zu vermeiden.

Erforderlich hierfür ist eine vorrausschauende und verlässliche Flächenpolitik auf regionaler und kommunaler Ebene. So sind Nutzungskonflikte mit konkurrierenden schutzwürdigen Nutzungen (z. B. Wohnen, Naturschutz) von Beginn an und konsequent zu vermeiden bzw., wenn sie auftreten, im Wege der Planungsverfahren zu lösen und für die Zukunft zu vermeiden. Industrieflächenkonzepte und deren langfristige Absicherung über die kommunale Bauleitplanung wären ein sinnvoller Beitrag, mit dem das Flächenangebot vor Ort bedarfsgerecht gesichert und weiterentwickelt werden kann. Bei allen Abwägungsentscheidungen sind die Belange der Industrie und des Gewerbes ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Landes entsprechend prioritär zu behandeln.

Bei der weiteren Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten muss das Vorhandensein weiterer Infrastrukturen (z. B. ÖPNV-Anbindung oder der Gebietsversorgung dienende Strukturen) mit beachtet werden.

4. Schnelle und rechtssichere Planungs- und Genehmigungsverfahren

Gewerbe- und Industrieansiedlungen sowie die Errichtung von Industrieanlagen sind ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit im Land zum Leben und Arbeiten, d.h. für den Industrie- und Gewerbebestandort MV. Hier besteht weiterhin ein erheblicher Nachholbedarf in Mecklenburg-Vorpommern. Aktuelle Untersuchungen der Nord/LB belegen: Die hier ansässigen Unternehmen wachsen, teils mit hoher Dynamik. Diese Wachstumsprozesse sind regional zu begleiten durch unbürokratische und flexible Planungs- und Genehmigungsverfahren. In der gelebten Praxis sind diese jedoch deutlich zu lang. Dies erschwert die Wettbewerbsfähigkeit für die betroffenen Unternehmen. Industrie- und Gewerbeunternehmen brauchen Planungs- und Rechtssicherheit für ihre Standort- und Investitionsentscheidungen. Schlanke und beschleunigte Genehmigungsprozesse sowie ein belastbarer Bestandsschutz sind prägende Merkmale eines guten Standortes.

Deutliche Verbesserungen könnten für alle Infrastrukturen z. B. durch die Einführung eines einheitlichen Plan- und Genehmigungsverfahrens durch eine einmalige Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltprüfung erreicht werden.

Industriethemen sind zumeist Querschnittsthemen, die sowohl Bereiche aus Steuerpolitik, Finanzverwaltung, Wirtschaft wie auch Umwelt, Energie oder Verbraucherschutz tangieren. Insofern sind verschiedenste Zuständigkeiten nicht auszuschließen. Dennoch muss es gelingen, eine bessere Koordinierung dieser Themen in Überwachungs- und Genehmigungsprozessen für die Industrie zu erreichen. Bürokratische Berichterstattungspflichten, denen die Industrie unterliegt, sind teilweise immer noch mehrfach an verschiedene Behördenstellen vorzunehmen. Dies ist u.a. auch in einer mangelnden Koordinierung und Abstimmung der Zuständigkeiten auf der Verwaltungsebene begründet. Zum Abbau von Verwaltungsblockaden sollten daher, insbes. bei Genehmigungsprozessen, Zuständigkeiten und Ansprechpartner für die Industrie auf allen Verwaltungsebenen im Land klar geregelt sein.

Die Verwaltungsdienstleistungen des Landes sollten auch über bestehende Angebote hinaus weitgehend digital angeboten und abgewickelt werden. Den Unternehmen ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass ihre Bürokratiekosten gesenkt werden.

5. Infrastruktur

Vor Ort zählt zu den relevanten Standortfaktoren insbesondere eine gut ausgebaute Infrastruktur, d.h. Verkehrsanbindung sowie die Versorgung mit unterschiedlichen Kommunikationsnetzen. Als grundlegender Standortfaktor muss die Erreichbarkeit des Unternehmens, der Materialtransport und der Abtransport von Gütern dauerhaft und leistungsfähig gewährleistet sein, sodass keine logistischen Engpässe entstehen.

Die schnelle Fertigstellung aller großräumigen Verkehrsachsen (A20-Baustelle bei Tribsees, A14, B96, B189n) wird sich auf den gesamten Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern auswirken. Darüber hinaus sind die vorhandenen Infrastrukturen zur Anbindung der Unternehmen im Land an die regionalen und überregionalen Märkte dauerhaft bedarfsgerecht, leistungsfähig und sicher zu unterhalten und anzupassen. Eine fortwährende Abstimmung der nord- und ostdeutschen Bundesländer kann zu einer bedarfsgerechten Anpassung der für die Wirtschaftsverkehre notwendigen Fahrtr Korridore nach Mittel- und Süddeutschland sowie innerhalb der EU führen.

Ein zwingendes Muss ist die umgehende Realisierung einer flächendeckenden und leistungsfähigen digitalen Infrastruktur. Deutschland im Allgemeinen und Mecklenburg-Vorpommern im Besonderen droht den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren. Industrie 4.0 und Wirtschaft 4.0, aber auch neue digitale Geschäftsmodelle benötigen heute und morgen die schnellen Datenautobahnen. Diese Infrastruktur muss allen Akteuren am Markt dauerhaft zugänglich sein.

Die Energieversorgung der Zukunft muss bezahlbar und verlässlich sein! Derzeit zählen die Strompreise in weiten Teilen Mecklenburg-Vorpommerns zu den höchsten in der Bundesrepublik. Dies hat sich in den letzten Jahren zunehmend als Hemmnis bei der Standortvermarktung und Ansiedlung von Unternehmen als großes Hemmnis erwiesen. Gleichzeitig wird in MV mehr Strom erzeugt als dort verbraucht wird. Die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten derart weiterentwickelt werden, dass die Unternehmen in MV von diesem Angebotsüberschuss an Strom auch in preislicher Hinsicht profitieren. Außerdem sollte auch im Rahmen der Energiewende eine hohe Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben.

6. Vernetzung Wissenschaft – Wirtschaft

Das „Netzwerk Industrie“ ist der Kern der hiesigen Wertschöpfungsketten, die ständigen Veränderungen ausgesetzt sind, wie z. B. der Digitalisierung, dem demografischen Wandel und der Globalisierung. Statt einer staatlichen Intervention in einzelne Glieder der Wertschöpfungsketten (wie z. B. eine Batteriezellenproduktion) sollte der Staat vielmehr ein innovationsfreundliches Umfeld für alle Teile der Wertschöpfungskette ermöglichen – mit nicht mehr Regulierung als nötig, einer erstklassigen Forschung an Hochschulen und wirtschaftsnahen Instituten sowie einem laufend zu verbessernden

Technologietransfer in die Wirtschaft. Damit kann es auch in Mecklenburg-Vorpommern gelingen, weltweit Standards bei neuen Technologien zu setzen.

Bei der Benennung förderwürdiger Zukunftstechnologien läuft der Staat Gefahr, den Blick auf künftige technologische Entwicklungen zu verengen und dabei zu übersehen, dass auch andere Branchen oder Technologien hochinnovativ sind. Ein Beispiel hierfür sind die weltweit erfolgreichen Plattformökonomien. Der Staat sollte eine technologieoffene, bürokratiearme Förderung der Zusammenarbeit Wirtschaft – Wissenschaft vorantreiben – und damit den Nährboden für die Entwicklung zukunftssträchtiger Technologien und die Entstehung neuer Trends bieten. Hierbei kann die steuerliche Forschungsförderung in Ergänzung zur bewährten Projektförderung einen wesentlichen Beitrag leisten. Zudem sind Reallabore hilfreiche Testräume für neue Innovationen, Bürokratieabbau und weniger Regulierung. Hier entstehen zukunftssträchtige, digitale, industrielle Wertschöpfungen. Zudem bietet es die Chance für eine Vernetzung der Akteure am Markt über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg durch interoperable, transparente und dezentrale Einzel- und Systemlösungen (unter regulatorischen Rahmenbedingungen), welche wiederum zur digitalen Wertschöpfung im Land beitragen können. Auch die derzeit entstehenden Start-Up- bzw. Technologiezentren sowie digitalen Innovationszentren in den Regionen sind in diesem Sinne zu begrüßen und sollten in Zukunft regelmäßig evaluiert werden.

Die anstehende Strukturfondsförderperiode ab dem Jahr 2021 sollte als Chance genutzt werden, eine technologieoffene Wirtschaftsförderung im Land zu initiieren und zu begleiten. Dabei sollten verstärkt Fondsmodelle genutzt werden, um mit Darlehen und/oder Beteiligungen eine hohe Hebelwirkung bei der Einwerbung von Drittmitteln zu erzielen. In der für die neue EU-Förderperiode ab 2021 zu erstellenden Regionalen Innovationsstrategie (RIS) sollten die Ideen und Maßnahmen zur weiteren Profilierung des Forschungs- und Technologiestandortes Mecklenburg-Vorpommern umfangreich dargelegt werden.

7. Klimaschutz

Die Energiewende mit all ihren Grundbausteinen, wie Sektorenkopplung, Speicherung oder Neuerungen in der Mobilität sind für Norddeutschland und für Mecklenburg-Vorpommern als große Chance zu verstehen, die Wertschöpfung vor Ort auszubauen. Die zentralen Herausforderungen des Klimaschutzes und der Energiewende sind aber nur lösbar über Innovationen und deren zeitnahe regionale Umsetzung. Diese Innovationen müssen mit zeitlich befristeten, degressiven Förderungen schnellstmöglich in den Markt eingeführt werden.

Mit der gemeinsamen Wasserstoffstrategie der fünf norddeutschen Bundesländer Anfang Mai 2019 wurde ein mutiger erster Schritt gemacht. Weitere und vor allem belastbare Umsetzungsschritte müssen folgen! Die in Mecklenburg-Vorpommern und in Norddeutschland erzeugten erneuerbaren Energien müssen in der Region auf allen nachfolgenden Wertschöpfungsebenen genutzt werden. Mit den Reallaborwettbewerben haben zahlreiche Regionen in Norddeutschland gezeigt, durch welche möglichen Schritte die Klimaschutzziele erreicht werden können. Regionale Beiträge sind ein Teil des Ganzen. Aber nur ein enger Dialog zwischen Politik/ Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft kann zum Gelingen insgesamt beitragen. Die Politik ist gefordert, politisch flankierend und weitsichtig die Rahmenbedingungen herzustellen, bestehende

Schranken der Diskriminierung abzubauen und wo erforderlich mutig in Vorlage zu gehen. Viele CO₂-arme Technologien wären unter den passenden regulatorischen Voraussetzungen bereits heute einsetzbar, wie beispielsweise bei der Nutzung von Wasserstoff für Brennstoffzellen. Durch die Umwandlung von Strom in Wasserstoff und dessen Nutzung und Speicherung könnte zudem der Netzausbaubedarf reduziert werden. Bestehende technologische Lücken sollten konsequent geschlossen werden, auch indem die Kompetenzen an unseren Hochschulen (z.B. auch bzgl. der Energieträger Ammoniak und Methanol) genutzt und weiter ausgebaut werden. Mecklenburg-Vorpommern muss seinen Rohstoff Energie auf allen folgenden Wertschöpfungsebenen veredeln. Die Verbindung verschiedener Sektoren kann zu deutlichen Wirtschaftlichkeitsvorteilen führen.

Perspektivisch können neue Antriebslösungen, z. B. auf Basis regenerativen Wasserstoffs, dazu beitragen die CO₂-Emissionen des Güterkraftverkehrs und des Personenkraftverkehrs signifikant zu reduzieren.

Die Speicherung Erneuerbarer Energien vor Ort, ein dichter werdendes Tankstellennetz und Innovationssprünge in der Mobilität und in der Nutzung neuer Antriebstechniken könnten aus Mecklenburg-Vorpommern heraus einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten. Mit diesen Zielen verbunden sollten nach Möglichkeit alle Wertschöpfungsketten vor Ort auf- und ausgebaut werden, um den notwendigen Strukturwandel in der Energieversorgung zu schaffen. Gleichzeitig fördert dies auch die monetären regionalen Kreisläufe.

8. Fachkräfte: Land zum Leben und Arbeiten

Der Fachkräftemangel wird branchenübergreifend zu einer immer größeren Herausforderung. Bereits jetzt ist es für zahlreiche Unternehmen schwierig, den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Angesichts der erkennbaren demografischen Entwicklung und der kommenden Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge kann das Fachkräftedefizit eine Gefahr für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sein. Um innovative Ideen in Produkte und Dienstleistungen „Made in Mecklenburg-Vorpommern“ umsetzen zu können, benötigt der Standort Mecklenburg-Vorpommern gut ausgebildete Fachkräfte. Daher bedeutet eine zukunftsorientierte Industriepolitik vor allem ein stärkeres Engagement für die Bildung, insbesondere auch im digitalen Bereich.

Werbung und Marketing für eine Beschäftigung in der Industrie wird zunehmend bedeutsamer. Neben der Begeisterung Jüngerer für eine Aus- und Weiterbildung ist die Industrie in zunehmendem Maße auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, um den Personalbedarf zu decken. Die Anwerbung und Integration von ausländischen Fach- und Führungskräften muss insgesamt durch schlanke Verfahren auf allen Ebenen erleichtert werden. Darüber hinaus muss es gelingen, die Unternehmen der Region an den wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen des Landes und auch den dort Studierenden bekannter zu machen. Aus diesen Einrichtungen können sich potenzielle, künftige Fachkräfte für die Wirtschaft des Landes ergeben.

Angesichts der sich verschärfenden demografischen Entwicklung und des erkennbaren erheblichen Bedarfes an qualifizierten Fachkräften auch bei den Genehmigungsbehörden sind interkommunale Modelle anzudenken.

Bei aller Attraktivität der Unternehmen vor Ort und des jeweiligen Arbeitsplatzes muss Wohnraum in den unterschiedlichsten Ausformungen vorhanden und bezahlbar bleiben. Gleiches gilt für die Möglichkeiten zur Errichtung von Eigenheimen und Mehrfamilienhäusern. ÖPNV, SPNV und intermodaler Verkehr werden in Zukunft ein bedeutendes Kriterium von lebens- und arbeitswerten Regionen. Wichtige Voraussetzung für die Fachkräftegewinnung und -sicherung für Mecklenburg-Vorpommern ist die Vereinbarkeit von Beruf, Wohnen und Familie: Land zum Leben und zum Arbeiten kann ein Alleinstellungsmerkmal von Mecklenburg-Vorpommern werden. Es ist mit allen maßgeblichen Akteuren voranzutreiben. Die im Land MV vorhandene bedarfsgerechte Infrastruktur bei den Themen „Kinderbetreuung“ und „pflegebedürftiger Angehöriger“ (insb. Notfallbetreuung) sowie die Freiräume für individuelle betriebliche Lösungen (z. B. Arbeitszeiten, Bürokratie, finanzielle Zuschüsse, etc.) sind mit prägender Bestandteil des Land zum Leben und zum Arbeiten.

9. Kommunikation und Akzeptanz

Die Industrie trägt maßgeblich zur Wertschöpfung und zum Wohlstand in unserer Region bei. Industrie- oder Infrastrukturprojekte stoßen in unserer Region häufig auf grundsätzliche Widerstände in Teilen der Bevölkerung oder bei Interessenvertretern von Umweltschutzorganisationen. Damit sich Industrie vor Ort etablieren und weiter entwickeln kann, ist das gesellschaftliche Vertrauen in die Industrie eine wichtige Voraussetzung. Mehr Sensibilisierung der Bevölkerung ist notwendig, damit die Rolle der Industrie für Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung Anerkennung findet. Denn die Industrie ist als Auftraggeber maßgebliches Element von Wertschöpfungsketten, Treiber von Forschung und Entwicklung, Vorreiter beim Einsatz von Klima- und Umwelttechnologien sowie bedeutender und attraktiver Arbeitgeber und Ausbilder. Durch eine transparente und offene Kommunikation sowie dem kontinuierlichen Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen kann das Verständnis für die Industrie vor Ort erhöht werden. Die IHKs in Mecklenburg-Vorpommern haben mit der Akzeptanzoffensive „In|du|strie Gemeinsam.Zukunft.Leben“ eine Kampagne gestartet, die als Ziel hat, dass die relevanten Unternehmen diese selbstständig tragen und mit Inhalten ausfüllen. Die bisherige aktive Begleitung durch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns soll verstetigt werden.

10. Werbung und Marketing

Die regionale und überregionale Vermarktung des Wirtschafts- und Lebensstandortes Mecklenburg-Vorpommern ist mit den maßgeblichen Akteuren an sich ändernde Herausforderungen anzupassen. In der Vergangenheit ging es um die Herausbildung des Markenkerns: Aus „MV tut gut“ wurde behutsam „Land zum Leben“. Parallel bemühte sich das Land Mecklenburg-Vorpommern um die Ansiedlung von Unternehmen, um MBO und MBI sowie Erweiterung der vorhandenen Unternehmen. Ziel war der Aufbau eines sich selbst tragenden Aufschwungs. Der Bereich Auf- und Ausbau der regionalen Wirtschaft ist seit einiger Zeit ins Stocken geraten; Ansiedlungserfolge sind eher seltener. Weite Teile der Wirtschaft entwickeln eine eigene Wachstumsdynamik.

Beide Entwicklungsachsen – wirtschaftlicher Aufbau- und Aufholprozess wie auch Steigerung der Bekanntheit des Wirtschaftsstandortes Küste beförderte das Land

Mecklenburg-Vorpommern bundesweit als Urlaubsland auf Platz 1. Was fehlt, ist die Assoziation „Land zum Leben und zum Arbeiten“. Der Wirtschaftsstandort MV ist bis auf die Kernmarke Tourismus weitgehend nicht bekannt. Dies gilt auch für die zweifelsohne vorhandenen sonstigen Faktoren: Zukunftsweisende Industrie mit weltmarktfähigen Produkten, breit aufgestellte Wirtschaft und vor allem den weichen Faktoren: Bauland, Mieten, Schulen und Hochschulen sowie Familienfreundlichkeit. Es bedarf daher einer Nachjustierung der Vermarktung des Landes MV. Das Kerngeschäft Standort und das Image müssen zusammengebracht werden für ein neues zielgruppenadäquates Marketing: Ziel muss es vorrangig sein, über das Thema Fachkräfte der drohenden Überalterung zu begegnen. Mecklenburg-Vorpommern ist dringend auf die Zuwanderung von Fachkräften aus dem In- und Ausland angewiesen.

Wenn Mecklenburg-Vorpommern ein „Land zum Leben und Arbeiten“ sein soll, bedarf es dazu veränderter Rahmenbedingungen für die nachhaltige Werbung entsprechender Fachkräfte. Ein strukturiertes Landesmarketing mit auskömmlicher Finanzierung und klarem Branding ist notwendig.

Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Oktober 2019

IHKs in Mecklenburg-Vorpommern